

Verantwortlicher Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Wochensam 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
 Deutschlands: A. Hoffe, Hagenstein & Vogler, G. A. Dauts,  
 Invalidenbank, Berlin. Bernh. Kridt, Mar. Gerthmann,  
 Silberfeld B. Thienes, Greifswald G. Jilke, Halle a. S.  
 Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Roodbaer, A. Steiner,  
 William Willems, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
 Geim. Fischer, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Vom Marine-Etat.

Wir haben bereits in letzter Nummer mitgeteilt, daß in der Sonnabend-Sitzung in der Budgetkommission des Reichstages die Beratung des Marine-Etats die Kreuzer „O“ und „P“, sowie der Aviso „Erfas Falke“ abgelehnt wurden. Die Folge davon war, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral Solfmann, nach Schluß der Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstages, sein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Es gilt als sicher, daß das Entlassungsgesuch nicht angenommen wird, denn an den Beschlüssen der Kommission kann leicht durch die Verhandlungen im Plenum noch eine Änderung herbeigeführt werden, obwohl eine solche wenig Aussicht hat. Das bisherige Ergebnis der Beratungen der Budgetkommission über den Marineetat faßt die „Frei. Ztg.“ wie folgt zusammen: Die Budgetkommission beantragt in einer fünftägigen Sitzung am Sonnabend den Etat der einmaligen ordentlichen Ausgaben der Marineverwaltung. Der Etatsentwurf verlangt im Ganzen 66 545 594 Mark. Bewilligt wurden 54 160 294 Mark. Die Abträge belaufen sich also im Ganzen auf die Summe von 12 385 300 Mark. Im außerordentlichen Etat sind noch 3 888 674 Mark gefordert, wovon die Verhandlungen noch ausstehen. Doch beabsichtigt hier (Erdensack in Kiel, Hafenbefestigung von Kiel und dergleichen) die Zentrumspartei die Bewilligung zu beantragen. Somit werden im Ganzen an einmaligen Ausgaben für die Marine bewilligt werden rund 58 Millionen statt 70 Millionen. Die abgelehnten Summen belaufen sich also auf wenig mehr als ein Schiff. Der vorjährige Marineetat belief sich bei den einmaligen Ausgaben auf 31 Millionen. Allerdings waren die Bewilligungen des größten Teils von vornherein präjudiziert, weil es sich um Folgekosten aus früheren Bewilligungen handelte. Das gilt insbesondere von den Ausgaben für Schiffsbauten und Armierung von Schiffen. Von den Abträgen entfallen 11 578 000 Mark auf diesen Abschnitt des Etats gegenüber einer Gesamtforderung im Betrage von 60 666 000 Mark. An Folgekosten sind hierbei im Ganzen 4 600 000 Mark getrichen. Das Hauptinteresse an den Kommissionsverhandlungen konzentriert sich auf die Frage der Bewilligung neuer erster Raten für Schiffsbauten. Gefordert sind an solchen ersten Raten 1 Panzerschiff 1. Klasse, 2 Kreuzer 2. Klasse, 1 Aviso, 2 Kanonenboote, 1 Torpedodivisionsboot und 8 Torpedoboote. Hieron ist am Freitag das Panzerschiff erster Klasse, wie berichtet, bewilligt worden. Ebenso wurden in der Sitzung am Sonnabend noch die ersten Raten für zwei neue Kanonenboote bewilligt. Dagegen sind die übrigen ersten Raten für zwei Kreuzer zweiter Klasse, für einen Aviso, ein Torpedodivisionsboot und acht Torpedoboote in der Sitzung am Sonnabend getrichen worden. Auch nach diesen Sitzungen belaufen sich die Bewilligungen für Schiffsbauten und deren Armierung noch auf 49 Millionen Mk. Das ist gegen die vorjährige Etatsfestsetzung ein Mehr von 23 Millionen Mk. Am Montag wird die Kommission voraussichtlich den Rest des Ordinariums erledigen, so daß am Mittwoch oder spätestens am Donnerstag der Marineetat auf die Tagesordnung des Plenums gelangen kann.

### Zur Bewegung auf Kreta.

Nun endlich scheint es, als ob die Großmächte in der kretischen Frage Ernst machen wollen, alle Nachrichten deuten darauf, daß die Blokade sofort beginnen werde. So wird aus Athen geschrieben: Da die französische Regierung einen ungünstigen Zwischenfall in der Kammer, der sie zur Zurückziehung vom Einvernehmen der Mächte über die Blokade gegen Griechenland nötigen könnte, nicht mehr zu befürchten scheint, so dürfte die Blokade ohne Verzögerung beginnen. Sämtliche Mächte haben der Auffassung Deutschlands beigestimmt, Griechenland von Beginn der Blokade nicht weiter zu benachrichtigen. Mit Rücksicht auf ihre hervorragenden Interessen im Mittelmeere dürften Frankreich und Italien mit der Entsendung eines gemischten Okkupationskorps zur Verhinderung friedlicher Zustände auf Kreta betraut werden. Oesterreich-Ungarn und Deutschland dürften an der Okkupation unbeteiligt bleiben. Oesterreich wird nur die notwendige Flottenmanschette zur notwendigen Ergänzung des Matrosenstandes nachsenden.

Auch die ministerielle römische „Stafé“ schreibt die Mächte der Großmächte in Kreta werden jetzt durchgreifend sein und den Bedürfnissen der Insel sowie den Grundfragen der Festigung entsprechen. Man wird nach Möglichkeit die Interessen Kretas schützen ohne das Begehren Griechenlands und die Rechte der Türkei zu berücksichtigen. Die Kreter werden den Zustand nicht zu beklagen haben, der ihnen seit hundert Jahren die ersehnte Freiheit bringt. Griechenland hat seine Freunde werden schweigen müssen. Unruhig in Mazedonien würden der Sache der Festigung nicht förderlich sein und vielleicht zum Nachteil Griechenlands Wasser auf die Mühle der Türkei leiten.“ Kretas theilzunehmen.

Die griechische Armee ist inzwischen als in der Mobilisierung befindlich erklärt. Die Forts machte den Vorkämpfern Mitteilung von der Bandung einiger hundert griechischer Soldaten bei Naxos (P) zwischen Kandia und Kalamo, ferner von verschiedenen Angriffen und Gewaltthatigkeiten der kretischen Insurgenten gegen türkische Soldaten und mohamedanische Einwohner. Die Gerüchte, daß in Ghera in Sandhat Gafara gegen Armenter Gewaltthatigkeiten verübt seien, werden von der Pforte für unbegründet erklärt. Der bulgarische Agent Marlow wurde vor seiner Abreise vom Sultan in Audienz empfangen. Das Gerücht, seiner Abreise komme die Bedeutung einer Demonstration der bulgarischen Regierung zu, wird mit der Versicherung bestritten, daß es sich um eine Urlaubsreise handle, von der Marlow in kurzer Zeit nach Konstantinopel zurückkehren werde. Der von Marlow nach Saloniki mit dem 43. Infanterie-Bataillon abgegangene 35. Militärzug hatte bei der Station Eschier-Tschiflik (?) einen Zusammenstoß mit einem anderen Zuge. 2 Soldaten und ein Schaffner wurden getötet; 25 Soldaten wurden

leicht verwundet. Der zuletzt genannte Zug traf Nachmittags unbeschädigt hier ein.

Athen, 13. März. Nach einer Depesche aus Kanea mußte ein griechischer Dampfer, welcher von Smyrna kommend, in Kanea einlaufen wollte, sich auf Befehl des Kommandanten wieder entfernen, da letzterer drohte, im Weigerungsfalle die Anlege-Tau geraden zu lassen.

Vom Sonntag liegen folgende Telegramme vor:

Köln, 14. März. Der Wiener Korrespondent der „Köln. Ztg.“ erzählt, daß Kugland in den Verhandlungen seine Stellung zu Griechenland und über die gegenwärtige Lage zusammenfassend dargestellt habe, jedoch beabsichtigen die Mächte, keineswegs nach dem Ultimatum noch eine Note nach Athen zu richten, sondern sie gehen an die Ausführung der Blokade treuherzig und gleichzeitig haben nach den Admiralsvorschlüssen. So viel bekannt, stimmten alle Mächte, außer Frankreich, zu, und es bestche die bestimmte Zusage, daß französische Ministerium werde sich durch die parlamentarische Minderheit nicht von Europa und namentlich von Russland trennen lassen. Unrichtig seien die Meldungen, als ob jede Großmacht 1/6 von Kreta mit 1000 bis 2000 Mann besetzen sollte. Weder Oesterreich noch Deutschland würden auf einen solchen Vorschlag eingehen. Es handle sich um die Besetzung der felsen Küstenplätze. Man hoffe, daß schon die Blokade kreischer und griechischer Schiffe genügen werde, Griechenland zum Rückzug zu zwingen. Die Blokade werde eine friedliche sein, wenn die griechischen Schiffe gehorchen, andernfalls würde man eine Beschießung nicht ausschließen. In weiterer Folge käme erst die Ernennung eines vorläufigen Gouverneurs und die Beauftragung zweier Mächte, etwa Frankreich und Italien, mit der Besetzung von Kreta in Frage.

Wien, 14. März. Das Resultat der gestrigen Kammerung in Paris wird in hiesigen politischen Kreisen als ein von der französischen Regierung beabsichtigtes Mandat angesehen, um eine Aktion Frankreichs in der Kretasfrage abzuwehren. Es beweise dies, daß die offiziösen Nachrichten glauben machen wollen.

Athen, 14. März. Nach Blättermeldungen strengen die Insurgenten die große Eisenbahnbrücke bei Saloniki in dem Augenblick mittelst Dynamit in die Luft, als ein Militärzug die Brücke passierte. Mehr als tausend Soldaten wurden getötet oder verwundet. Der Verkehr ist auf lange Zeit gestört. — Das Amtsblatt publiziert die Ordre zur Mobilisierung der ganzen Armee. Weid ist in Folge des Einlaufens großer Spenden reichlich vorhanden.

Athen, 15. März. Die Mobilmachung, deren Veröffentlichung heute zu erwarten ist, bezweckt nur die Möglichkeit, die Mächte über die gezielte Umkehrzeit von 40 Tagen zurückzutreffen. Griechische Freiwillige aus der Türkei treffen massenhaft ein. — Die Nachricht des „Daily Chronicle“, daß der hiesige deutsche Konsul 74 Menschen vom Besuch Athens abgehalten habe, weil die Deutschen hier gefährdet seien, ist unrichtig. Der Konsul hat vielmehr der Ständigen Gesellschaft nach Konstantinopel auf eine Anfrage geantwortet, es sei besser, den Besuch zu unterlassen, da die Ankunft für vorigen Montag geplant war, an dem die Frist für die Antwort der griechischen Regierung auf die Note der Mächte abließ und eventuell die Blokade beginnen konnte.

### Aus dem Reiche.

In Gegenwart des Prinzen und der Prinzessin Albrecht und deren engsten Familienkreise, dem Herzog von Sachsen-Altenburg, der Herzogin Wilhelm Mecklenburg-Schwerin und den beiden ältesten Söhnen des prinziplichen Paares, den Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht, fand Sonnabend Vormittag die Vorprüfung des Konstanzen Prinzen Friedrich Wilhelm durch den Generalsuperintendenten D. Dreyer im prinzipalen Palais in der Wilhelmstraße statt. Die Konfirmation erfolgte am gestrigen Sonntag. — Nach aus Gannes eingetroffenen Nachrichten leidet der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin seit einigen Tagen an heftiger Neuralgie, wodurch das Allgemeinbefinden beeinträchtigt wird. Ein Aufenthalt in Grasse, welcher der Linderung halber geplant war, ist deshalb verschoben worden. — In Füssenwalde verstarb am Sonnabend nach schweren Leiden der Generalarzt a. D. Karl Fischer im hohen vollendeten 63. Lebensjahre. — Am 22. März wird für Sachen zur Erinnerung an den ersten Kaiser des Reichs auf Veranstaltung des königlich sächsischen Militärvereins ein „unentgeltlicher Arbeitsnachweis für gediente Soldaten“ als Stiftung ins Leben treten, von deren Zinsen die Kosten eines für das ganze Land einzurichtenden unentgeltlichen Arbeitsnachweises bestritten werden sollen. Die Stiftung bezweckt, ehemaligen Soldaten, die ohne Verköndung stellungslos geworden sind, zur Wiedererlangung einer Stelle befähigt zu sein. Dabei soll namentlich auch versucht werden, dem Zuge nach der Großstadt entgegenzuwirken und Arbeitsplätze in der Provinz und auf dem Lande unterzubringen. Das Unternehmen hat sich der vollen Anerkennung des Königs und des Prinzen Georg, der beiden Protektoren des Militärvereins, zu erfreuen. — Der Land- und forstwirtschaftlichen Staaten betreffend die Errichtung einer gemeinsamen Thüringischen Lotterie. — Das Gothaer Regierungsblatt erklärt gegenüber Auslassungen sächsischer Zeitungen, die ihr Bestreben darüber aussprachen, daß der Herzog beim Jahreshundertfeste fernbleibe, folgendes: Dieses Fernbleiben bereitet dem Herzog selbst keinerlei Bedauern. Der Herzog habe sich zur Feier angekauft im Elben abzuführen; nach ärztlicher Erklärung erfordert aber sein Gesundheitszustand einen längeren Aufenthalt im Süden. Der Erbpriester werde daher den Herzog beim Jahreshundertfeste vertreten.

### Deutschland.

Berlin, 15. März. In politischen Kreisen soll es Befremden erregt haben, daß Staatssekretär Freiherr von Marschall oder einer seiner Vertreter den vorgestrigen Beratungen der Budgetkommission ferngeblieben waren. Die „Staats-Ztg.“ theilt hierzu mit, daß Herr von Marschall seit einigen Tagen krank ist.

— Im Abgeordnetenhaus wird wegen der Zentenarfeier und aus sonstigen Gründen eine Pause in den Plenarsitzungen vom 20. bis einschließlich 25. d. M. eintreten.

— Die Kommission gewerblicher Sachverständiger zur Untersuchung der ostasiatischen Produktions- und Absatzverhältnisse ist in Hongkong angelangt.

— Das „D. L.“ schreibt: Wir erhalten von der hiesigen griechischen Gesandtschaft, mit der Bitte um Veröffentlichung, die folgende Zuschrift:

Berlin, 13. März 1897.

Sehr geehrter Herr! Ich würde Ihnen für die Veröffentlichung beigefügten Telegramms, das ich jedoch aus Athen erhalte, äußerst verbunden sein. Ich möchte bei dieser Gelegenheit in Erinnerung bringen, daß die deutsche Kolonie Athens noch vor einigen Tagen eine Versammlung im Vereinslokal „Philadelphos“ abgehalten, um ihre unigen Sympathien für Griechenland zu bekunden; eine Kollette wurde zugleich veranstaltet und der reichliche Ertrag derselben dem Zentralkomitee für Kreta überreicht. Diese öffentlichen Kundgebungen sind wohl ein beider Beweis der warmen Gastfreundschaft, welche den bei uns lebenden Deutschen immer zu Theil wurde, und ich brauche kaum hinzuzufügen, daß dieselben nicht statgefunden hätten, wenn die Angehörigen des Herrn Dr. Dörpfeld, einer in Griechenland allgemein geachteten und bestechenden Persönlichkeit, in irgend einer Weise belästigt worden wären.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
 Leon Rangabé.  
 Das Athenische Telegramm des griechischen Ministers des Aeußern hat folgenden Wortlaut:

Athen, 13. März 1897.  
 Griechische Gesandtschaft in Berlin.  
 Nach einer Depesche des „Wolfschen Bureau“ hat dort das Gerücht, daß die Deutschen in Athen mißhandelt worden seien, eine heftige Erregung hervorgerufen. Ich bitte Sie, dieser Meldung das formelle und kategorische Dementi zu geben, einer Meldung, die augenscheinlich von Uebelwollenden in Umlauf gesetzt worden ist. Das griechische Volk ist von jeder dafür bekannt, die weiteste Gastfreundschaft zu gewähren und gegenüber seinen ausländischen Gästen die ritterlichsten Gefinnungen zu betheiligen.

### Kruzés.

— Die Königin der Niederlande wird sich bei der Hundstagsfeier durch den Chef des militärischen Hofstaates Gen.-M. du Monceau und ihren Adjutanten Kap. J. S. Jagers Beccus vertreten lassen. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz entsendet den Großherzog als seinen Vertreter. An Truppenheiten werden zur Enthüllung des Nationaldenkmals hier eintreffen: Die Leibkompanie des 1. Garde-Reg. mit den Fahnen des Regiments, der Regimentssinf. und den Spielzeugen des 1. Bataillons, das Lehr-Inf.-Bat., die Leib-Eskadron des Regiments des Garde du Corps mit der Standarte und dem Trompeterkorps, Abordnungen der Marine und zwar: der Infanterie der Marinesinf. mit der Fahne des ersten See-Bat., eine Abordnung von S. M. S. „König Wilhelm“, eine aus beiden kombinierten Kompanie der Marine-Station der Ostsee, eine kombinierte Kompanie der Marine-Station der Nordsee, ferner die Kommandeure der Leib-Regimenter des Kaiser Wilhelm I., und zwar: des Gren.-Reg. König Wilhelm I. (2. westpreuß.) Nr. 7, des Leib-Gren.-Reg. König Friedrich Wilhelm III. (1. brandenb.) Nr. 8, des 2. bad. Gren.-Reg. Kaiser Wilhelm I. Nr. 110, des königl. bad. 6. Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm, König von Preußen, des königl. sächs. 2. Gren.-Reg. Nr. 101, Kaiser Wilhelm, König von Preußen, des königl. würtemb. Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm, König von Preußen (2. würtemb.) Nr. 120, des Leib-Inf.-Reg. Großer Kurfürst (schles.) Nr. 1, des 1. Leib-Inf.-Reg. Nr. 1, des 2. Leib-Inf.-Reg. Kaiserin Nr. 2, des Inf.-Reg. König Wilhelm I. (1. rhein.) Nr. 7 mit je einer Fahne oder der Standarte des Regiments.

Die von auswärts hier eintreffenden Fahnen und Standarten sollen am 21. d. M. auf dem Potsdamer Bahnhof gesammelt und Mittags, 12 1/2 Uhr, erstere durch eine Kompanie, letztere durch eine Eskadron zu Pferde, nach dem Palais Kaiser Wilhelms I. gebracht werden. Der Kaiser wird selbst mit diesen und Standarten nach dem Palais reiten. Die Fahnen und Standarten der Leib-Regimenter und des ersten See-Bataillons, sowie der Leibkompanie des 1. Garde-Reg. (S. J.), der Leib-Eskadron des Regts. der Garde du Corps, des Lehr-Inf.-Bat. und der Deputation von S. M. S. „König Wilhelm“ nach dem Denkmale begeben, wo diese Befehden und Truppentheile aufgestellt werden. Nach beendeter Enthüllungsfest wird ein einmaliger Vorbeimarsch der Truppen, und zwar Fußtruppen in Kompanie-Kolonnen, Kavallerie und Feld-Artillerie in Zügen, Train in Abmarsch-Kolonnen, am Denkmale in Richtung Lustgarten-Schloßplatz stattfinden.

— Voprediger a. D. Stöder und Pfarrer Lic. Weber laden für den 27. und 28. April zu einer Versammlung nach Kassel ein, in welcher eine kirchlich-soziale Konferenz begründet werden soll. Diese Konferenz soll selbstständig dem evangelisch-sozialen Kongress an die Seite treten, aus welchem bekanntlich Weber mit seinen Mitarbeiterinnen und Stöder ausgeschieden sind. Weidzeitig soll die Konferenz diejenigen christlich-

sozialen Elemente in sich aufnehmen, welche sich nicht entschließen können, dem national-sozialen Banner Naumanns zu folgen, da er das Evangelium als Grundlage seiner Parteibestrebungen aufgegeben habe. Die Konferenz soll insofern eine Ergänzung und Stärkung der christlich-sozialen Partei werden, als sie das entsprechende Arbeitsfeld auf kirchlichem Boden sucht, was die Partei auf dem politischen bereits glaubt gefunden zu haben.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. März. Die gestern geschlossenen Wahlen aus der Kurie des allgemeinen Stimmrechts ergaben als gewählt 12 Sozialdemokraten, 11 Jungesogen, 9 Christlich-Sozial, 9 Deutsch-Klerikale, 9 Polen, 3 Slowenen, 3 Ruthenen, 2 Deutsch-Liberale, 2 Italienisch-Liberale, 2 Kroaten, 2 Polnisch-Katholische und je ein Deutsch-Volklicher, Schönerlauer, polnischer Volksparteier, Anhänger Stojalowski, Jungmann und Italienisch-Klerikale. In Brünn und Graz sind Stichwahlen notwendig, wahrscheinlich auch in Prag.

Wien, 14. März. Kaiser Franz Josef verläßt am Dienstag Kap St. Martin; die Kaiserin wird nach der Abreise ihres Gemahls auf der Nacht „Miramar“ eine Fahrt längs der Riviera machen und sodann längeren Aufenthalt in Tarent nehmen. Am 28. April tritt Johann der Kaiser mit großem Gefolge die Reise nach Petersburg an.

### Frankreich.

Paris, 13. März. Gegen die Ferry'sche Schulgesetzgebung von 1881 wird in jeder Budgetdebatte so regelmäßig von der Reaktionspartei Sturm gelaufen, wie gegen das Rekrutierungsgesetz, welches die angehenden Geistlichen gleich den jungen Leuten, Advokaten, Ingenieuren zum Militärdienste heranzieht. Diesmal machen die Konservativen verdoppelte Anstrengungen, von denen sie zwar nicht sofortigen Erfolg erhoffen, aber doch annehmen, daß sie nicht ganz nutzlos sein werden in einer Zeit, wo die Kalkülanten bei der Regierung Gehör und Schutz finden. Die Kalkülanten sollen, wenn die Absichten des XIII. richtig gedeutet worden sind, Frankreich mit einem unsichtbaren Nege umspinnen und unmerklich zur katholischen Kirche zurückführen, welche nichts feindlicher wünscht, als ihrer reumüthigen „ältesten Tochter“ den Rang wiederzugeben, den sie früher unter den allerchristlichsten Königen einnahm.

Vor einigen Monaten mußte der Unterrichtsminister Rambaud den Radikalen der Kammer über die langsame Verweltlichung der Kongregansien für Mädchen — die Knaben-schulen sind bis auf eine ganz geringe Anzahl schon in die Hände von Laien übergegangen — Rede stehen. Er konnte nicht verhehlen, daß noch fast fünftausend jener Schulen über Frankreich gestreut sind, verstreut aber möglichst raschen Wandel. Um den Ungebulden zu zeigen, daß die gemäßigten Regierung für den Stillstand nicht verantwortlich gemacht werden kann, trieb Rambaud die Schatzkammer heraus, daß das radikale Ministerium Bourgeois die Verweltlichung weniger rasch betrieben hätte, als seine Vorgänger, wahrlich nicht aus finanziellen Rücksichten, denn an Kandidatinnen für die vakanten Lehrstellen war eher Ueberfluß als Mangel. Die Statistik erhebt über diesen Punkt Aufschlüsse, welche die Klagen über das Anwachsen des gebildeten Proletariats als vollst. berechtigt erscheinen lassen.

Indem Senator Le Provost de Launay gestern an die neuesten Vorgänge in seinem Departement, den Göttes-Bu-Rud, anknüpfte, wo der Unterrichtsminister mit seinem Versprechen Ernst macht und die Noimen vielfach durch weltliche Lehrerinnen ersetzt, wählte er ein ganzes Stundenregister auf die Reform des Schulwesens, das Jules Ferry in die Formel: „obligatorischer, unentgeltlicher und konfessionsloser Volksunterricht“ gekleidet hatte. Die Steuern, führte Le Provost de Launay, Sohn des gleichnamigen Anhängers Napoleons III., aus, haben überall zugenommen, und daran sind die Vermehrung der besser besoldeten Lehrer und die Schulbauten schuld. Aber wie bedenklich dies auch sein mag, so hat die „obligatorische Schule ohne Gott“ noch viel schlimmere Folgen: sie verdrängt das Heer der Arbeitslosen und die Schaar der jugendlichen Verbrecher sowie der Frauen, die gerichtlich bestraft werden. Im Jahr 1895 gingen dem Pariser Gemeinderath 42 000 Gesuche um Nulken ein, im Jahre 1896 aber deren 65 000. Die Arbeitslosen und dann die Mittelschulen mit ihren Stipendien, sagt Le Provost de Launay, schaffen eine Menge Unzufriedener, die sich nicht von Handarbeit nähren wollen, und während sie in Paris am Hungerstich nagen, wird Frankreich von Norden her von Belgien, von Osten her von Deutschen (L), von Süden her von Italienern überflutet, welche sich da einnisten, wo Franzosen arbeiten und erwerben sollten. Seinen größten Trümpf meinte der Redner anlässlich der Verberberstaltist auszuspielen zu können, welche er abermals von der Einführung der Ferry'schen Schulgesetze herleitete, aber hier traten ihm Gegner wie Josef Fabre entgegen, die seine Behauptungen widerlegten, daß die geistlichen Schulen den Gerichten weniger Klienten liefern, als die weltlichen, und ihm die Thatsache entgegenhielten, daß die berühmtesten Gottesleugner des letzten Jahrhunderts aus geistlichen Anstalten hervorgegangen waren. Als er sich erst auf einen Ausbruch des Akademikers der Bogie stützte, um den Anarchismus ebenfalls von dem konfessionslosen Jugendunterrichte herzuleiten, da erinnerte man ihn daran, daß der Attentäter Baillan ein Schüler der Lehrbrüder und Sebastian Faure, der anarchoistische Apostel, welcher in Wandervorträgen die Vernichtung aller Religionen predigt, sogar Zögling eines Priesterseminars gewesen war.

Der Bescheid, den der bretonische Senator zul. hat noch dem Unterrichtsminister selbst erhalten, war nicht dazu angethan, die geheimen Hoffnungen der Katholiken zu bestärken, welche wieder das Schulwesen in den Händen der Geistlichkeit oder wenigstens der Kongregansien namhaften den Staatschulen gleichgestellt sehen möchten. Die Radikalen nennen Rambaud bei jeder Gelegenheit einen Beschützer des Klerus, aber sie werden wohl zugeben müssen, daß er gestern im Senat keineswegs als solcher aufgetreten ist, als er erzählte, wie die Kongregansien in der Bretagne gegen die Staatschulen, deren

Lehrer und Schüler heßen, und wie der Bischof von Saint-Brieux ihnen darin mit dem Beispiele vorangeht. Jedenfalls hat er von Neuem bewiesen, daß die katholische Partei nicht ernstlich daran denkt, den Krieg gegen die weltlichen Behörden einzustellen, und daß ihr mit Langmut und Nachsicht nicht beizukommen ist.

Paris, 14. März. „Libre parole“ meldet, daß gestern hier eine Versammlung der Patriotenliga stattgefunden hat, um die Liga auf einer neuen Basis zu begründen.

Der Municipalrath von Lille übersandte eine Sympathie-Adresse an die griechische Regierung, worin es unter Anderem heißt, Frankreich würde seine Vergangenheit verleugnen, wenn es im Frühjahr Deutschlands gegen Griechenland losziehe.

Wie verlautet, werden Panotaur und Meline morgen die Vertrauensfrage stellen, nachdem Panotaur der Kammer mitgeteilt haben wird, daß die Regierung mit den Großmächten übereingekommen sei, Griechenland ein neues Ultimatum zu stellen.

### England.

London, 12. März. Die „Ball Mall Gazette“ bringt Einzelheiten über den großen Zug, wenn die Königin sich an ihrem Regierungsjubiläum am 22. Juni zum Danktagsgottesdienst nach der St. Pauls-Kathedrale begibt. Um 11 Uhr Morgens bricht der Zug vom Buckingham-Palast auf. Dann nimmt er die Route über die Mall, Ball Mall, Cockspur Street, Trafalgar Square und den Strand nach Temple Bar, der Grenze der City. Hier empfängt der Lordmayor Ihre Majestät und überreicht ihr das Staatsgeschwert der City. Von da aus geleitet der Lordmayor zu Pferde barhauptet die Königin nach St. Paul. Der Gottesdienst wird, wie berichtet, unter freiem Himmel vor der Front der Kirche abgehalten werden. Nach dem Schluß begibt sich der Zug nach dem Mansion House, wo die Bürger von London der Königin eine Adresse überreichen. Es zeugt für die tiefe Pietät der Monarchin, daß auf ihren besonderen Wunsch die Rückfahrt über London Bridge durch einen Theil des armen Südlondon geht. Di Route ist sechs englische Meilen lang. Der Zug wird eine englische Meile lang sein. Alle von den Kolonien gesandten Kontingente werden im Zuge erscheinen. Außerdem werden 10 britische Kavallerie- und 25 Infanterie-Regimenter, die reitende Artillerie, die Ingenieure und Marine-soldaten und sogar Militär, Freiwillige und Matrosen auf beiden Seiten der Mall Spalier bilden. Garde und Marinematrosen werden die Ehrenwache vor dem Buckingham-Palast und ebenso vor der St. Pauls-Kathedrale sein. Die Königin wird voraussichtlich um 2 Uhr Nachmittags wieder im Buckingham-Palast angelangt sein. Alles in Allem werden 25 000 Mann Militär zu dem großen Schauspiel aufboten werden.

London, 13. März. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet: „Erst nach dem Eingang von viel Beweismaterial hat das britische Auswärtige Amt vor etwa vierzehn Tagen wegen der Behandlung der Protestanten seitens der Franzosen auf Madagaskar Beschwerde erhoben. Eine andere Frage, welche gegenwärtig den Gegenstand der Verhandlungen zwischen London und Paris bildet, betrifft den Landbesitz der auf der Insel wirkenden englischen Missionsgesellschaften. Obgleich die protestantischen Gesellschaften dasselbe Recht haben, wie die katholischen, bestritten die französischen Behörden das Recht der Ersteren. In einem Falle mußten die britischen Missionare ihr Gebäude räumen, welches sofort von den französischen bezogen wurde. Der den Engländern angebotene Schadenersatz wurde nicht angenommen. Fast allen Landbesitz hat die Königin von Madagaskar den verschiedenen Missionsgesellschaften gewährt unter der Bedingung, daß, wenn in der betreffenden Missionsanstalt kein Malagasse mehr den christlichen Gottesdienst besuche, Land und Gebäude der Königin zurückfallen sollten. Die Sache wird durch die Verbannung der Königin sehr verwickelt. Die Jesuiten-Missionare terrorisieren mit der Billigung der unteren französischen Beamten die eingeborenen Protestanten. Man sagt ihnen, daß sie nicht Kinder Frankreichs sein könnten, wenn sie nicht katholisch würden. Die, welche Kinder Englands blieben, wären die Feinde Frankreichs. Die Jesuiten nennen die protestantischen Eingeborenen „Gahavals“, d. h. Räuber. In gewissen Distrikten ist jede protestantische Missionsarbeit unmöglich geworden. Die französischen protestantischen Missionsgesellschaften klagen eben so sehr, wie die englischen, über das Benehmen der Jesuiten.“

### Marine und Schifffahrt.

— In der letzten Woche des Monats April oder Anfang Mai findet an Bord des Schiffs „Mars“ eine Schießübung statt; an derselben werden theilnehmen Vize-Admiral Köster, Chef der Marinestation der Ostsee, Kommandeur-Admiral von Arnim, Inspektor der 1. Marine-Inspektion, die Kapitän S. E. Frige, Chef des Stabes beim Kommando der Marinestation der Ostsee, Sarnow, Kommandeur der 1. West-division, von Drosky, Kommandeur der 1. Matrosen-Division, die Korvettenkapitän Plachte, Kommandant S. M. Kreuzer „Gefion“, von Wedom, Kommandant S. M. Panzerschiff „Vogel“, und von Colomb, Kommandeur der 1. Torpedo-Abtheilung.

— Die deutsche Kauffahrteiflotte zählte am 1. Januar 1896, wie wir dem ersten diesjährigen Vierteljahrsbericht des deutschen Reichs für Statistik entnehmen, 3592 Schiffe gegen 3665 am 1. Januar 1895, 4257 im Jahre 1895 und 4602 im Jahre 1875. Die Abnahme betrug gegen das letzte Jahr also 1010 Schiffe oder 21,9 v. H. Dagegen ist der Nammgehalt von 1875 zu 1895 von 1 068 383 auf 1 523 902 Registereisen gestiegen und weist erst im Jahre 1896 einen Rückgang von 1 502 044 Tons auf. Dieser Rückgang aber ist nur scheinbar, denn er beruht auf der am 1. Juli 1895 in Kraft getretenen neuen Schiffsvermessungsordnung. Die Zahl der Segelschiffe ist im erheblichen Sinken, die der Dampfschiffe im stetigen Steigen. 1875 wurden 4303 Segelschiffe und 299 Dampfschiffe, dagegen 1896 2524 Segelschiffe und 1068 Dampfschiffe gezählt. Im Vergleich zu 1891 ist die Zahl der Segelschiffe um 253 zurückgegangen,



